

## **Wenn aus Sparen das sägen am eigenen Ast wird**

Niemand stellt ernsthaft in Frage, dass das Land Schleswig-Holstein sparen muss, wenn es seine Handlungsfähigkeit behalten will. Nur wenn sich durch das Sparen an der falschen Stelle Handlungsunfähigkeit in der Zukunft ergibt, wird das Kind mit dem Bade ausgeschüttet. Es kann nicht sein, dass Eltern, die sich entscheiden in Deutschland eine Familie zu gründen, die gesamte Last des "Generationenvertrages" auferlegt bekommen.

An der irgendwann einmal versprochenen Lernmittel- und Schulbeförderungsfreiheit sollten wir nicht nur festhalten, um unser Wort zu halten, sondern um dem demographischen Wandel entgegenzuwirken und die Bevölkerung vom kinderfreundlichen Schleswig-Holstein und Nordfriesland zu überzeugen.

Die Familien mit Kindern müssen sowieso schon auf vieles verzichten und dürfen nicht noch zusätzlich belastet werden; diese Kosten sind von der Solidargemeinschaft zu tragen.

Die WG-NF/Die Unabhängigen wird zum nächsten Kreistag dieses Thema auf die Tagesordnung setzen lassen, um damit für die Landespolitiker einen Weg aufzuzeigen, wie ein geordneter Rückzug aller Beteiligten am Verfahren vereinfacht werden kann.

Wir finden es gut, dass das Schulgesetz endlich reformiert wurde und haben bei der Gestaltung maßgeblich mitgewirkt. Die Umsetzung wird von uns tatkräftig unterstützt, aber die Verteilung der Schülerbeförderungskosten kann von uns nicht mitgetragen werden.

Das Land will sich nicht mehr an den Kosten für die Schülerbeförderung beteiligen. Damit sollen sieben Millionen Euro eingespart werden. Dadurch wird es auf dem Lande noch schwieriger, Teilhabe an Bildung und Kultur zu erhalten.

Gerade junge Familien sind über die Jahre aufgrund der überhöhten Mieten und Grundstückspreise in den Ballungsräumen gezwungen gewesen, auf das Land zu ziehen. Dabei haben sie darauf vertraut, dass die Lasten im Land Schleswig-Holstein gerecht verteilt werden. Die Kostenübernahme der Schülerbeförderung war dabei ein wichtiger Teil der familiären Finanzplanung und oft genug auch Voraussetzung dafür, aus der Stadt auf das Land zu ziehen. Das Land selbst hatte dafür geworben, dass das Leben außerhalb der Ballungsräume eben auch durch die kostenlose Schülerbeförderung attraktiv ist. Nun soll das Gegenteil davon eintreten. Besonders tragisch dabei ist, dass das Land im Hinblick

auf die kostenlose Schülerbeförderung Schulen im ländlichen Raum geschlossen hat.

Die kostenfreie Schülerbeförderung wurde im Rahmen der Schulstrukturreform in den 70er Jahren aufgrund der Schließung von Schulstandorten und der damit verbundenen Transportnotwendigkeit eingeführt.

Auch das aktuelle Schulgesetz führt zu weiteren Standortzusammenführungen, nur der Transport soll durch die Familien finanziert werden.

Schülerinnen und Schüler brauchen gleiche Chancen auf Bildung, unabhängig von Ihrer sozialen Herkunft und der Leistungsfähigkeit der Geldbeutel Ihrer Eltern.

Familien schultern mit der Aufgabe, Kinder das Leben zu schenken und sie zu erziehen, eine der wesentlichen Säulen unserer Gesellschaft.

Es kann den Familien im Land und Nordfriesland nicht zugemutet werden, dass sie neben den vielen finanziellen Belastungen, die mit Kindern evident sind, auch die Transportkosten zu Bildungseinrichtungen tragen sollen.

Gut gebildete Kinder sind ein wesentlicher Eckpfeiler einer zukunftsfähigen Demokratie und bilden damit ein Fundament für unser Gesellschaftssystem.

Die Forderung der WG-NF/Die Unabhängigen für eine kostenfreie Beförderung wird Gegenstand der nächsten Kreistagssitzung sein; denn bisher war es Konsens, dass Investitionen in die Bildung jetzt erfolgen müssen, damit zukünftig durch Bildungsarmut entstehende, wesentlich höhere Kosten vermieden werden können.

Das ist Sägen am eigenen Ast in Vollendung.

Die Notwendigkeit einer Änderung der aktuellen gesetzlichen Regelungen zur Schülerbeförderung wird von der WG-NF/Die Unabhängigen nicht gesehen.

Die "Schere" zwischen arm und reich klafft immer weiter auseinander und wir würden uns zu einem "kinderfeindlichen" Land entwickeln. Nach wie vor stehen weiten Teilen der Bevölkerung auf dem Lande die Informationen des Internets mangels schneller Anbindungen nur in unerträglicher Langsamkeit zur Verfügung. Wer wie die Landesregierung Bildung und Kultur zu einem Privileg der Stadtbewohner macht, ignoriert, dass Schleswig-Holstein ein Flächenland ist. Und wer das ignoriert, vernachlässigt die Interessen seiner BürgerInnen in eklatanter Weise.

Die WG-NF/Die Unabhängigen wird zum nächsten Kreistag auch dieses Thema der Breitbandversorgung auf die Tagesordnung setzen lassen.

